

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...

Band 12

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Band 12/105

Die "Frankfurter Schule": Die Inquisition der antifaschistischen Gutmenschen, Teil 2

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Januar 1996 über die verdrängte NS-Zeit der Österreicher: >>Für junge Österreicher sind Nazis Deutsche

Für österreichische Jugendliche gab es Nazis eigentlich nur in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Studie über das Wissen von Schülern über den Judenmord.

Danach glauben die meisten, in Österreich habe es keine Nationalsozialisten gegeben. Die seit 1988 im Lehrplan vorgeschriebene Aufklärung über den Nationalsozialismus wirkte sich offenbar kaum aus. "Wir haben oft gehört, daß die Nazi-Ideologie an sich gar nicht so schlecht war", sagt die Studienautorin Helga Amesberger.

"Unter Nazis verstehen sie zumeist nur deutsche Psychopathen." Österreicher hätten dagegen mit dem NS-Regime nach Ansicht der Befragten wenig zu tun gehabt. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb am 22. März 1996 im FAZ-Magazin über die Neurose der Deutschen (x268/237): >>... Als die ersten Menschen sich aufrichteten, um auf zwei Beinen zu gehen, ist gleich ein Deutscher herbeigeeilt, um dringlich zu warnen: das sei gefährlich, es drohe der Sturz, besonders den Kindern und Alten, vor allem sei es unsolidarisch gegen die übrigen Vierbeiner, auch theologisch bedenklich, denn es wende das Menschengesicht ab von der Erde, dem mütterlichen Grund.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die psychische Gleichgewichtsstörung der Deutschen (x268/237): >>... Im übertragenen Sinn ist der aufrechte Gang für die psychische Gesundheit des Einzelnen und für die Überlebensfähigkeit einer Gemeinschaft essentiell. Und im Wortsinn war er vermutlich der Grund, warum wir heute keine Menschenaffen mehr sind; einschlägige Fachbücher berichten: "Die entscheidende Phase der Menschwerdung spielte sich vor rund 4 Millionen Jahren mit der Entwicklung des aufrechten Ganges ab". ...

Der Therapeut der deutschen Neurose hat es nicht leicht. Zum einen muß er die verkorksten Denktraditionen des weltfremden deutschen Michel bewußtmachen zum anderen dem akuten Schuldkomplex auf den Grund gehen.

Im gegebenen Fall ist noch einmal daran zu erinnern, daß der neurotische Selbsthaß diskriminierter Minderheiten auf der Übernahme von Vorurteilen der feindseligen Mehrheit beruht.

Bei der deutschen Neurose fungieren ... die elektronischen Massenmedien als "Mehrheit", das Volk als Minderheit; das übernommene Vorurteil liegt in der rassistisch gefärbten Kollektivschuldtheorie. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>Woher nur die Lust an der Grausamkeit?

Die Deutschen und der Holocaust: Daniel Goldhagen streitet mit seinen Kritikern

... Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz ge-

wöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" - also auf Beseitigung gerichtet - charakterisiert. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".

Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.

Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x169/70-75): >>... Die jüngste große Holocaust-Show ist Daniel Jonah Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker".

Innerhalb weniger Wochen nach seinem Erscheinen druckte jedes wichtige Meinungsblatt eine oder mehrere Besprechungen. Die "New York Times" brachte mehrere Artikel, in denen Goldhagens Buch als "eines jener seltenen neuen Werke" gelobt wird, "die die Bezeichnung Meilenstein verdient haben".

Mit einer halben Million verkaufter Exemplare und vorgesehenen Übersetzungen in 13 Sprachen wurde "Hitlers willige Vollstrecker" im Magazin von "Time" als das "am meisten diskutierte" und zweitbeste Sachbuch des Jahres gefeiert. ...

Die zentrale These von Goldhagens Buch ist eines der üblichen Holocaust-Dogmen: Getrieben von pathologischem Haß, stürzte sich das deutsche Volk auf die von Hitler gebotene Gelegenheit, die Juden zu ermorden. ...

"Hitlers willige Vollstrecker", voll mit groben Fehldeutungen von Quellenmaterial und inneren Widersprüchen, ist ohne wissenschaftlichen Wert. In "Eine Nation auf dem Prüfstand" haben Ruth Bettina Birn und der Autor dokumentiert, wie schludrig Goldhagens Unternehmung angelegt ist. Die darauf folgende Kontroverse beleuchtete das Funktionieren der Holocaust-Industrie auf lehrreiche Weise. ...

Als leitende Historikerin der für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständigen Abteilung des kanadischen Justizministeriums wurde Birn als nächstes von jüdischen Organisationen in Kanada angegriffen. ...

Von den führenden Historikern des Nazi-Holocaust einschließlich Raul Hilberg, Christopher Browning und Ian Kershaw erhielt "Eine Nation auf dem Prüfstand" Rückendeckung. Eben diese Wissenschaftler verwarfen Goldhagens Buch; Hilberg nannte es "wertlos". ...<<

Der deutsche Schriftsteller Günter Maschke schrieb später über die "einzigartigen NS-Verbrechen" (x268/109): >>Wer die Verbrechen unter den Nationalsozialisten 'relativiert', wer ihre 'Einzigartigkeit' bestreitet, der, so hört man, verharmlost sie.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Der 'Relativierer' verharmlost gar nichts, er spricht vielmehr die furchtbare Wahrheit aus, daß wir alle, alle ohne Ausnahme, im größten Stile zum Morde fähig sind. Verharmloser ist hingegen jener, der auf die 'Einzigartigkeit' der deutschen Verbrechen pocht. Er will nämlich an der Lüge festhalten, daß der Mensch im Grunde gut sei. Nur

der Deutsche ist eben schlecht. ...<<

Der US-Journalist Robert B. Goldmann schrieb am 19. September 1997 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/86): >>Antideutschsein ist in weiten jüdischen und in politisch korrekten Kreisen ein Bestandteil der politisch zugelassenen Gesprächsthemen.

Wenn man in einer solchen Gesellschaft einen Satz mit "die Schwarzen" oder die "Lateinamerikaner" oder "die Muslime" beginnt, wird man von den Vorurteilkämpfern unterbrochen, weil man sofort der Diskriminierung verdächtig ist. Nur wenn man "the Germans" sagt, kann man den Satz vollenden. ...<<

Der "Rheinische Merkur" berichtete am 31. Oktober 1997 über den Niedergang der deutschen Sprachkultur (x268/155-156): >>Viele osteuropäische Wissenschaftler mit Deutschkenntnissen sind inzwischen gezwungen, auf Kongressen in der Bundesrepublik den Kopfhörer aufzusetzen, um der Simultanübersetzung zu lauschen. Die Konferenzsprache ist Englisch. Nicht selten quälen sich deutschsprachige Wissenschaftler auf deutschem Boden vor deutschem Publikum auf Englisch. Es ist wohl eine Art Bildungsdünkel die Ursache für die Beliebtheit des Englischen in deutschen Breiten.

... Viele Ausländer finden gerade die hektische Orientierung am angloamerikanischen Vorbild als unsouverän und provinziell.<<

Der deutsche CDU-Politiker Alfred Dregger, von 1982-1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, schrieb am 22. August 1998 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>"Antifa": Sie kämpft gegen die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes

Niemand in Europa hätte an der Zeitenwende 1990/91 geglaubt, daß Kommunisten bald wieder ihre Ziele aufgreifen und offen oder verdeckt je wieder reale Macht ausüben würden. Diese Hoffnung hat getrogen. Die Verführungskraft von Ideologen ermöglicht sogar deren Wiedergeburt. In Frankreich und Italien sind Kommunisten wieder an der Regierung beteiligt. In Rußland sind sie stärkste Fraktion in der Staatsduma und blockieren dort - zusammen mit den Nationalisten - die notwendigen Reformen. Bei uns in Deutschland "tolerieren" die kaum gewendeten SED-Nachfolger in der PDS die Minderheitsregierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Höppner in Sachsen-Anhalt.

Natürlich propagieren die Kommunisten heute nicht mehr die Weltrevolution. Aber sie suchen mit Erfolg Partner für Bündnisse und gemeinsame Aktionen, mit deren Hilfe sie zunächst einmal das politische Koordinatensystem in ihrem Sinne nach links verschieben wollen.

Als das wohl wirkungsvollste Mittel dafür haben die Kommunisten den "Antifaschismus" erkoren. Schon Walter Ulbricht hatte seinerzeit damit seine Herrschaft in der sowjetisch-besetzten Zone legitimieren wollen und als Vorstufe zum Sozialismus eine "Antifaschistisch-Demokratische Ordnung" proklamiert. Die Bundesrepublik Deutschland hingegen sollte als Nachfolgestaat der Nationalsozialisten "nazifiziert" werden.

Dann kam - für viele unerwartet und für fast ebenso viele nicht mehr erwünscht - die Wende, der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Aus war der Traum der Linken von der sozialistischen Spielwiese in der DDR. Doch sie konnte sich damit nicht abfinden. Dies ist die wahrscheinlichste Erklärung für den Eifer, mit dem sie die große nationale Aufgabe der Einheit behindert, deren Erfolg leugnet und deren Konzepte miesmacht.

Seitdem gibt es immer wieder Versuche, Deutschland erneut unter "Faschismusverdacht" zu stellen, Deutschland darzustellen als historischen einzigartigen Verbrecherstaat und alle, auf die wir in unserer Geschichte mit Stolz zurückblicken können, einer "antifaschistischen" Inquisition zu unterziehen. Da geht es um Kasernennamen, um Ehrenmale, um Friedhöfe mit den Gräbern von jungen Soldaten, die für Deutschland gefallen sind. Es ging sogar - wie dies die Debatte um den 9. Mai 1945 gezeigt hat - um das Recht auf die Trauer schlechthin. ...

"Antifaschismus" läßt sich heute zu vielerlei Zwecken gebrauchen: z.B. als Keule, um Andersdenkende willfährig oder mundtot zu machen. Unter den vielen Initiativen und Kampag-

nen, mit denen seit 1990 "antifaschistischer Kampf" um die Meinungsführerschaft in Deutschland geführt wird, mit dem Ziel eines "Politikwechsels" bzw. einer "anderen Republik", möchte ich hier nur einige nachzeichnen, die sich gegen die Wehrmacht richteten und richten, in der mehr als 18 Millionen Deutsche überwiegend aufgrund einer gesetzlichen Wehrpflicht ihren Dienst für ihr Vaterland leisten mußten. ...

Die Angehörigen meines Jahrgangs 1920 konnten Hitler nicht wählen. Dafür waren sie zu jung. Aber sie wurden von ihm in den Krieg geschickt, und nur die Hälfte davon ist daraus zurückgekehrt. Die aber, die nicht zurückgekehrt sind, sind nicht für Hitler gestorben, den Verderber Deutschlands, sondern für unser Vaterland. Ein Schuft, wer ihnen jetzt auch noch die Ehre nehmen wollte!

Neuerdings versucht man sogar, Überläufern und Deserteuren Denkmäler zu errichten. Sollte es ehrenwerter gewesen sein, zu Stalin überzulaufen, anstatt das deutsche Volk und die deutschen Frauen gegen dessen Rote Armee zu verteidigen? ...

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde die Ehre der deutschen Soldaten, die an diesem Krieg teilnehmen mußten, hochgehalten; in Deutschland, wie bei unseren Kriegsgegnern. Seit Jahren tingelt nun eine von dem früheren Kommunisten Heer und dem Zigarettensmilliardär Reemtsma organisierte Ausstellung durch deutsche Lande, die das Andenken und die Ehre der deutschen Soldaten besudelt. Das soll sie wohl sein, die öffentliche Darstellung der Wehrmacht als "größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte", wie "Die Zeit" es bereits 1992 gefordert hatte.

"Verbrechen der Wehrmacht", so heißt diese Ausstellung, ein infames Machtwerk, das der früheren sowjetischen Propaganda in nichts nachsteht. Inzwischen hat sich ein Designer zu Wort gemeldet und bekundet, im Auftrage Reemtsmas und mit dessen Geld die ihm zu dieser Ausstellung passenden Bilder aus sowjetischen Archiven zusammengeklaut zu haben; ein Designer also, einigermaßen erfahren mit dem wirkungsvollen Arrangement von Ausstellungen, aber ohne jede Sachkenntnis und Qualifikation im Hinblick auf den Ausstellungsgegenstand und die kriegsgeschichtlichen Zusammenhänge.

Die Ausstellung versöhnt nicht, sie spaltet. Und das soll sie wohl auch. Wer aber auf diese Weise einen Keil zwischen die Generationen unseres Volkes treibt, der trifft es in der Seele und gefährdet seinen Zusammenhalt. Das ist kein Werk des Friedens, sondern des Unfriedens. Daß diese Ausstellung zu den Aktionen des "Antifaschismus" gegen Deutschland zählt, können wir daran erkennen, daß es die PDS gewesen ist, die den Antrag gestellt hatte, diese Ausstellung auch in den Räumen des Deutschen Bundestages zu zeigen. Gott sei Dank wurde dieses schlimme Ansinnen abgelehnt.

Wenn es gelänge, alle jene als Verbrecher darzustellen, die in der Wehrmacht gedient haben und alle jene als Hitlers Mittäter zu denunzieren, die sich ihm nicht unter höchstem Risiko in den Weg gestellt haben, dann verlöre unser Volk seine Selbstachtung, sein Selbstvertrauen und damit auch seinen Willen zur Selbstbehauptung. ...<<

Der deutsche Philosoph Walter Hoeres berichtete im August 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1998 (x853/...): >>Altgewordene 68er?

- Kulturrevolution nach 30 Jahren -

... In diesem Jahr steht uns ein makabres Jubiläum ins Haus: die dreißigste Wiederkehr jenes Ereignisses, das man allgemein als die 68er Revolution zu bezeichnen pflegt. Natürlich läßt sie sich zeitlich nicht auf diese genaue Weise lokalisieren. Vielmehr ist 1968 zum Symbol und zum Markstein einer Entwicklung geworden, die immer noch ihrem Höhepunkt, dem totalen Nihilismus und der radikalen Liquidierung dessen zustrebt, was den Menschen zu allen Zeiten in dieser oder jener Form hoch und heilig war. ...

Klar erkennbar sind die Entthronung Gottes in der Voraufklärung und in der Aufklärung selber, die Ablehnung der abendländischen Bildungstradition und die Absage an die Wahrheits-

fähigkeit des menschlichen Geistes zu Gunsten der Ideale einer leerlaufenden Emanzipation und Toleranz, die Preisgabe des Naturrechtes ...

Somit ist es in der Tat lebenswichtig für alle, die durch den Marsch der 68er durch die Institutionen und die Kirche an die Wand gedrückt wurden, die geistige Frühgeschichte der Kulturrevolution vor Augen zu haben und auch zu realisieren, daß es sich hier um ganz einfache Grundideen handelt, zu deren Beurteilung man kein philosophischer Kopf sein muß. ...

Die Lage nach dem Kriege erforderte alles andere als Ideologie: nämlich Tatkraft, gesunden Menschenverstand und wirtschaftliche Vernunft: Dinge, die in Konrad Adenauer exemplarisch verwirklicht waren, der wie alle großen Konservativen ein nüchterner Pragmatiker war. Die Familien hielten eisern zusammen, wie dies Helmut Schelsky in seiner bekannten Studie über die Familie der Nachkriegszeit so eindrucksvoll gezeigt hat. Zänkereien über Gleichberechtigung oder gar die seltsame Idee, daß die Frau im Grunde ein zweiter Mann sei und sich in Kleidung, Habitus so zu benehmen habe wie er, gab es nicht. Dazu war die Zeit zu knapp und zu schade. Studiert wurde inmitten der Trümmerwüsten dennoch mit ungeheurer Intensität, wenn auch mit leerem Portemonnaie und ... immer wühlendem Hunger: eine unfreiwillige Parodie auf das Sprichwort: "Ein voller Bauch studiert nicht gern".

Aber der Säkularismus war nur verdeckt: die Welt der Aufklärung, Neuzeit und Gegenwart hatte sich schon lange mit einer Entschiedenheit von Gott, von der abendländischen Überlieferung, vom Naturrecht abgewandt, die durch die Restauration der Adenauer-Jahre auf Dauer nicht gebremst werden konnte! In der zu neuem Selbstbewußtsein erwachten Welt des Linksliberalismus wirkte die "Frankfurter Schule" oder "kritische Theorie" wie der Funke im Pulverfaß. Sie wird immer mit den Namen Adorno und Horkheimer verbunden, doch auch Herbert Marcuse muß hier und dies sogar an erster Stelle genannt werden, obwohl er nach dem Kriege nicht in Frankfurt lehrte.

Für den unvoreingenommenen Beobachter liegt es nun zwar auf der Hand, daß die "Frankfurter Schule" die Hauptschuld an den europaweiten Studentenkrawallen, der langjährigen Lähmung der Hochschulen, der Erosion aller überlieferten Werte trägt, und dennoch wird diese Verantwortung nicht selten gerade in katholischen Kreisen verkleinert, wenn nicht gar völlig verkannt. ...

In diesem Sinne erklärt Adorno die christliche Religion für eine längst überholte Angelegenheit, die nur noch zu Rückzugsgefechten imstande sei. ...

... Marcuse fordert Kontrollbehörden und immer wieder Kontrollbehörden, die festsetzen sollen, welche Bedürfnisse vernünftig sind und dementsprechend den Markt nach ihren Vorstellungen von Humanität dirigieren sollen: eine Vorstellung, die einem nach allem, was wir in diesem Jahrhundert erlebt haben, blankes Entsetzen einjagt. ...<<

Waclaw Dlugoborski, Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Kurator für Forschungsfragen in der polnischen Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, kritisierte am 4. September 1998 die mangelhafte Ermittlung der in Auschwitz ermordeten Menschen (x046/181):

>>Die Blamage bei der Ermittlung der Zahl der Ermordeten von Auschwitz hätte Warnung genug sein sollen. Kurz nach Kriegsende wurde sie von einer sowjetischen Untersuchungskommission ohne weitere Nachforschungen auf vier Millionen festgelegt. Obwohl von Anfang an Zweifel an der Richtigkeit der Schätzung bestanden, wurde sie zum Dogma.

Bis 1989 galt in Osteuropa ein Verbot, die Zahl von vier Millionen Getöteten anzuzweifeln; in der Gedenkstätte von Auschwitz drohte man Angestellten, die an der Richtigkeit der Schätzung zweifelten, mit Disziplinarverfahren. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über das Ermittlungsergebnis der sowjetischen "Außerordentlichen Staatlichen Kommission" aus dem Jahre 1945 (x046/181):

>>... Kaum besser waren die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Denn auch hier galt die sowjetische Propagandazahl von vier Millionen bis 1990 als "offenkundig", obwohl

niemand wußte, wie sie sich eigentlich berechnete.

Zweifeln wurde von einer unwissenden politischen Justiz verfolgt, nur weil sie den Propagandazahlen des Stalinismus keinen Glauben geschenkt und sie damit "geleugnet" hatten.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. November 1998: >>**Polen glauben an Kurswechsel der Bonner Europapolitik**

... Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu einem Arbeitsbesuch nach Warschau gekommen, wenige Tage nach Außenminister Fischer. ...

Der Kanzler distanzierte sich noch einmal von den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, Entschädigungen für Vertriebene zu einer Vorbedingung des polnischen Beitritts zu machen: "Ich habe zu diesen Forderungen kein Verhältnis und gedenke auch nicht, eines herzustellen. Ich halte das für falsch. Diese Regierung wird keine Bedingungen für den EU-Beitritt aufstellen oder akzeptieren."

Seine Antwort nach Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter ist nicht so eindeutig: Es gebe bereits eine Stiftung, die "einen Teil dieser Ansprüche befriedigt", sagte er. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später (am 22.08.2004) während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über ähnliche Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (x851/...): >>... Als Völkerrechtler muß ich betonen, daß jeder Staat eine Verpflichtung zum diplomatischen Schutz der eigenen Bürger hat. Dies ist Völkergewohnheitsrecht. Wenn ein Staat Privateigentum von Bürgern anderer Staaten konfisziert, besteht eine Völkerrechtsverletzung, die das Recht auf Wiedergutmachung mit sich bringt. Es ist halt die Aufgabe des Staates, dieses Recht auf Wiedergutmachung zu behaupten. Tut der Staat dies nicht, so soll und muß der Staat selber seine Bürger entschädigen.

Als Völkerrechtler muß ich aber auch auf das Prinzip der Gleichheit hinweisen. Wenn alle Opfer - Juden, Polen, Tschechen - eine Wiedergutmachung bekommen – nur die Deutschen nicht - dann liegt eine Diskriminierung vor, und dies stellt eine Verletzung der EU-Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte dar. Dies ist eine Frage, die nach Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht, Gegenstand eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, sowie auch vor dem UNO Menschenrechtsausschuß in Genf sein könnte.

Als Amerikaner kann ich absolut nicht begreifen, warum Bundeskanzler Schröder derart diskriminierende Worte in Warschau ausgesprochen hat. Denn sämtliche deutschen Regierungen haben bisher die korrekte völkerrechtliche Haltung vertreten, nämlich daß die Vertreibung ein Unrecht war, und daß die Konfiskationen von Privateigentum ebenfalls völkerrechtswidrig waren. Mit seinen Worten hat Bundeskanzler Schröder die Vertriebenen im Stich gelassen. Ich kann mir keinen amerikanischen Präsidenten ... (vorstellen), der auf die Rechte der amerikanischen Bürger so verzichten würde, wie Herr Schröder es getan hat.

Professor Dieter Blumenwitz der Universität Würzburg kommentierte neulich, daß wenn der Eigentumsbesitz eines deutschen Bürgers von einem ausländischen Staat bedroht sei, müsse die Bundesregierung ihm diplomatischen Schutz gewähren. ...

"Zwei andere Fragen von fundamentaler Bedeutung werden durch die Kanzler Äußerungen aufgeworfen:

Erstens, wenn die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen, wobei zwei Millionen ihr Leben verloren haben, kein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt, was war sie dann?

Zweitens, wenn anderen Opfern Rückkehrrecht und Restitution gewährt wird, nach welchem Recht und nach welcher Moral kann man die Deutschen anders behandeln?

Beide Fragen sind vom Prinzip der Gleichheit und vom Prinzip der gemeinsamen menschlichen Würde untrennbar. Man kann den Deutschen Vertriebenen eine Wiedergutmachung nicht verweigern, ohne dabei eine völkerrechtswidrige Diskriminierung zu begehen." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 1998 über den öffentlichen Zank um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>Streit um Walser-Rede zieht Kreise

Der Streit um die Friedenspreis-Rede des Schriftstellers Martin Walser zieht immer größere Kreise. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker warnte vor einer Eskalation, der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn legt Ignatz Bubis den Rücktritt nahe. ...

Walser hatte sich bei seiner Rede zum Erhalt des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels gegen eine Instrumentalisierung von Auschwitz als "Moralkeule" gewandt.

Ignatz Bubis, der Zentralrat der Juden in Deutschland, sprach in seiner Reaktion von "geistiger Brandstiftung". ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 30. November 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>Total normal?

Der Streit zwischen Martin Walser und Ignatz Bubis wühlt die Nation auf. Ist die Debatte über die "Dauerpräsentation" der Nazi-Verbrechen Auftakt für eine neue deutsche "Normalität" der Berliner Republik?

Das ist sie also, die neue deutsche Normalität: Über 53 Jahre nach der Befreiung der letzten Überlebenden von Auschwitz debattieren hochgeachtete liberale Persönlichkeiten plötzlich über die "Instrumentalisierung unserer Schande", über Erinnerung, Gewissen, den Zwang zum Wegschauen und eine "Moralkeule" namens Holocaust, ganz so, als sei Hitlers Terror-Herrschaft eben erst zu Ende gegangen. ...

Als 1979 die amerikanische Serie "Holocaust" lief, schwappte eine neue, diesmal stark medienbeeinflusste Woge von Erregung und Debatte durchs Land, die seitdem immer wieder neue Nahrung erhielt: ob durch Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste" oder den Historikerstreit über die Vergleichbarkeit von Hitlers Holocaust und Stalins Gulag, durch beeindruckende Fernsehdokumentationen wie "Soldaten für Hitler" in der ARD und "Hitlers Helfer" im ZDF, den Streit über die provozierenden Thesen des Historikers Daniel Jonah Goldhagen oder die heftig befahdete Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht - ganz zu schweigen von den unzähligen, mehr oder weniger populärwissenschaftlichen Publikationen über fast sämtliche Aspekte des Geschehens zwischen 1933 und 1945.

In all diesen Jahren schien es, als rückten die Nazi-Verbrechen mit dem zeitlichen Abstand der Jahre immer näher, bedrängend nahe - Vergangenheit, die nicht vergeht. Längst und unvermeidlich war Auschwitz zur Chiffre geworden für den historisch einzigartigen, nahezu industriell vollzogenen Genozid, für das Jahrhundertverbrechen, den Zivilisationsbruch schlechthin. Und für eine nie wieder gutzumachende deutsche Schuld, die unentrinnbare Erbschaft einer Nation und ihrer Elite.

Immer neue Jahres- und Gedenktage erinnern daran. Die Worte der Gedenkredner ähneln und wiederholen sich, ja, sie nutzen sich ab. Da erscheint vieles floskelhaft, wie der Vollzug eines puren Rituals. All die Ermahnungen, ja nicht zu vergessen, was geschehen ist, mögen die Jüngeren abstumpfen, bei den Älteren metaphysische Phantomschmerzen und im übrigen jene "Betroffenheit" auslösen, die wenig kostet, aber viel gute Gesinnung demonstriert.

Auschwitz und der Holocaust, so sagte der Berliner Historiker Heinrich August Winkler, wurden für viele Wohlmeinende und politische Gutmenschen eine Art "negativer Sinnstiftung", eine profane Erlösungsreligion ... - ... andererseits billige ... Vorwürfe gegenüber politischen Gegnern oder sonstwie Andersdenkenden.

An diesem Punkt muß man Walser recht geben: Ja, Auschwitz und der Holocaust sind vielerorts zu wohlfeilen Metaphern plattgeredet worden, zu argumentativem Kleingeld gepreßt. Es stimmt: Manche Intellektuelle versuchen, sich auf die Seite der Opfer der deutschen Geschichte zu schleichen, um als die besseren Deutschen dazustehen. Und es ist richtig, daß der Massenmord an den Juden immer wieder auch "instrumentalisiert" wird, um allerlei Unfug

moralisch zu rechtfertigen, zum Beispiel die deutsche Teilung als Strafe für Auschwitz oder jenen deutschen Rassismus von links, der den unreflektierten Selbsthaß in der blinden Liebe alles Fremden und irgendwie Nichtdeutschen aufgehen läßt. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Dezember 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>Lea Rosh nennt Walser einen Brandstifter

In der Debatte um die Friedenspreisrede von Martin Walser hat die Vorsitzende des Förderkreises für ein Holocaust-Mahnmal in Berlin, Lea Rosh, den Schriftsteller scharf angegriffen. "Walser ist ein Brandstifter", sagte Rosh der "Märkischen Allgemeinen". Daß der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, diesen Vorwurf zurückgenommen habe, sei falsch. Walser habe einen gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt.

Walser hatte derartige Vorwürfe zurückgewiesen. In seiner Rede am 11. Oktober 1998 hatte Walser unter anderem gesagt: "Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz. Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt."<<

Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg schrieb am 22. April 1999 in der "Süddeutschen Zeitung" über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/61-62): >>Historiker diesseits und jenseits des Atlantiks waren sich doch einig, daß Goldhagen einen Blödsinn geschrieben hat. ...<<

Der Schriftsteller Michael Kleeberg schrieb am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers, von 1998-2005 Bundesaußenminister, auf Lévy's Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.

Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden.

Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasteten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Juni 1999: >>Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin

... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...

Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbare Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...

Kulturstaatsminister Michael Naumann, SPD, warb vor der Abstimmung für den US-Architekten Eisenman und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre.

...

Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Der regierende Bürgermeister Berlins, Diepgen, soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch."<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren

Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linksozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...

Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.

Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie das Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen in Friedland und die Flamme der Vertreibung in Berlin, Theodor-Heuss-Platz, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde, existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<

Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisierte im August 1999 in der Zeitschrift "Merkur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.

Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zu Gunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.

Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder

Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...

Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860.000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<

Die Schwester eines 1943 an der Ostfront gefallenen deutschen Wehrmachtssoldaten schrieb damals (x170/42): >>... Absolut empörend ist die heutige deutsche Darstellung der ehemaligen deutschen Wehrmacht als Verbrecherbande.

Mein Bruder war kein Kriegsverbrecher, sondern das Opfer von Hitlers Wahnsinnspolitik. Ich lehne auch jegliche deutsche heutige Kriegsbeteiligung ... ab, ich lehne die Wehrpflicht für fremde Zwecke - außer Landesverteidigung - ab!

Nicht Soldaten zetteln Kriege an, sondern Politiker!!!<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Februar 2000: >>>Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik

... In den Beiträgen des unlängst von Clemens Albrecht herausgegebenen und in wesentlichen Teilen auch verfaßten Sammelbandes "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule " wird gerade deutlich, daß der Begriff "Frankfurter Schule", der ja Homogenität im Denken und Agieren der aus der Emigration zurückgekehrten Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung suggeriert, so niemals vorhanden war, weshalb die Bezeichnung auch erst von außen auf die Gruppe von Philosophen, Psychologen, Pädagogen, Soziologen und Politologen angewendet wurde, die sich um Horkheimer und Theodor W. Adorno und das in Frankfurt wieder gegründete IfS gebildet hatte.

Umgekehrt soll aber die "Wirkungsgeschichte" der Frankfurter auch nicht heruntergespielt werden, wie es gerade in sympathisierenden Darstellungen geschieht. Es erscheint vielmehr als Leitmotiv der verschiedenen Aufsätze, daß die "Kritische Theorie" als "Hintergrundsideo-logie der zweiten deutschen Republik" betrachtet und ernst genommen werden muß. Als sich Horkheimer und Adorno nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes zur Rückkehr in das zerstörte Deutschland entschlossen, geschah das mit der Absicht, die in der Weimarer Zeit begonnenen Arbeiten fortzusetzen.

Allerdings hatten sich beider Fragestellungen und Ansichten unter dem Eindruck der Erfahrungen in den USA und der dramatischen politischen Veränderungen der dreißiger und vierziger Jahre gewandelt. Am deutlichsten wies die Teilnahme von Mitarbeitern des IfS an Plänen zur "Umerziehung" der Deutschen auf das zukünftige Tätigkeitsfeld der "Frankfurter" hin: die soziologisch gestützte Analyse und - falls notwendig - die volkspädagogische Korrektur gesellschaftlicher Entwicklungen.

Wer kam als politischer Partner für dieses anspruchsvolle Programm in Betracht? Noch bis zum Beginn der vierziger Jahre erwarteten Horkheimer und Adorno das Heil von der Arbeiterklasse. Aber das war lange vorbei, und Horkheimer hatte jedenfalls allen auf die Linke gesetzten Hoffnungen abgeschworen. Dementsprechend gab es für ihn auch gar keine Vorbehalte gegen die Kooperation mit der Regierung Adenauer, er unterstützte sie sogar praktisch bei Vorbereitungen für den Aufbau einer "neuen Wehrmacht".

... Verständlicherweise beobachtete man aber mit besonderer Sensibilität alle Entwicklungen auf der radikalen Rechten und reagierte alarmiert, als es 1959 zuerst an der Kölner Synagoge und dann in vielen westdeutschen Städten zu Hakenkreuzschmierereien kam. Während Adenauer rasch - und wie man im nachhinein weiß: zutreffend - den Hintergrund des Kölner Vorfalls in Machenschaften des sowjetischen Geheimdienstes identifizierte, glaubten Horkheimer und Adorno an ein Menetekel.

... Horkheimer wurde Mitglied in einer "Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung". Das war ein wichtiges Element in dem schon seit den fünfziger Jahren von Frankfurt aus aufgebauten Netzwerk ...

Intensive Kooperation verband nicht allein das IfS mit Professoren und Universitäten, sondern wirkte bis in die Einrichtungen der Lehrerbildung und die Schulbuchlektorate. Von Stellungnahmen zu Lehrplänen und Unterrichtswerken bis zu direkter Einflußnahme auf die Zusammensetzung und Ausrichtung von Zeitungs- und Rundfunkredaktionen ... reichten dabei die Projekte.

Horkheimer geriet allerdings in den sechziger Jahren immer stärker ins Hintertreffen gegenüber Adorno, der mit sehr viel weniger Vorbehalt dem Linkskurs des Instituts und damit der Rückwendung zum Marxismus folgte, die Jürgen Habermas favorisierte, der schon zur zweiten Generation der "Frankfurter" in der Bundesrepublik gehörte, und die dann von dem in den USA zurückgebliebenen Mitglied des IfS, Herbert Marcuse, weiter radikalisiert wurde. ...

Gerade die Jugend, der die Protagonisten der Frankfurter Schule nach dem Abschied vom Pro-

letariat zugetraut hatten, den "Verblendungszusammenhang" zu zerstören, wandte sich jetzt einem "linken Faschismus" zu. ...

Der wachsende und bis heute spürbare Einfluß der Frankfurter Schule auf das geistige Leben der Bundesrepublik wird im Grunde nur verständlich aus den besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit: der Desorientierung der Bevölkerung, den Erziehungsplänen der Alliierten einerseits, der neuen Intelligenz andererseits, dem Wunsch nach moralischer Rehabilitierung vor allem in der jüngeren Generation und einem gleichzeitig fortbestehenden Schuldbewußtsein, das man nur in metaphysischen Kategorien fassen kann.

Diese Voraussetzungen allein erklären den Erfolg der Frankfurter Schule aber nicht, der hängt auch damit zusammen, daß die "Formation einer neuen Elite" schon in den fünfziger Jahren nicht mehr durch die Bildung einer akademischen "Schule" im traditionellen Sinn möglich war, sondern nur durch die Schaffung eines "Lagers", das sich zur Verbreitung seiner Anschauungen der modernsten Methoden, das heißt der Massenmedien, bediente. ... <<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 18. März 2000 (x887/...): >>"Mord an den Vätern - Die angebliche? Traditionsunwürdigkeit der Wehrmacht.

Bemerkungen zur geistigen Lage der Bundesrepublik ...

Bei der geschilderten Umwertung der deutschen Geschichte ins Negative und alles Westlichen ins Positive spielt die Wehrmachtsausstellung eine wichtige Rolle. Viele Beispiele belegen das hohe, sehr hohe Ansehen der Wehrmacht und ihrer Vorgänger.

Beispiele: 1950 bat das israelische Verteidigungsministerium mehr als eintausend Militärs und Militärhistoriker, die Streitkräfte der beiden Weltkriege zu bewerten. Wie zu erwarten war das Ergebnis eindeutig: Die deutschen Truppen wurden mit großem Abstand als die besten bewertet. Als persönliche Reminiszenz: Im Fest- und Vortragssaal des Verteidigungsministeriums eines südostasiatischen Staates stehen als Mahnung für die jungen Offiziere drei Sentenzen. Eine von einem Chinesen. Sun Tsu, eine von Clausewitz und eine von Rommel.

Als Letztes: 1993 veröffentlichte einer der großen amerikanischen Verlage unter Mitarbeit von Wissenschaftlern aus sechzehn Nationen eine sechsbändige Enzyklopädie der Militärwissenschaften. Der Artikel "Kampfkraft" wurde von dem vielleicht bekanntesten amerikanischen Militärhistoriker, T. N. Dupuy, verfaßt. Er urteilte, die Kampfkraft der deutschen Heere sei mehr als hundert Jahre lang der Neid der Welt ... gewesen.

Diese Achtung vor dem deutschen Soldaten ist für das neubundesrepublikanische Gefühl ebenso unerträglich wie die Achtung vor den Bachpassionen, wie Belle Alliance oder Friedrich dem Großen. Also ist die Wehrmachtsausstellung willkommen. Viele Politiker und viele Intellektuelle haben auf diese Ausstellung wohl gewartet wie die Wüste auf den Regen: nur so ist die Resonanz auf die Ausstellung zu erklären, daß kaum gefragt wird, ob ein mehrfach vorbestrafter kommunistischer Funktionär und ein Reemtsma wenigstens gewillt sein könnten, uns ein zutreffendes Bild von der Wehrmacht zu vermitteln.

Helmut Schmidt hat die Ausstellung als "Masochismus" gewertet: sachlich ist sie bedeutungslos. Um so wichtiger ist sie als Indikator des geistigen Zustandes der Bundesrepublik. ... <<

Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke schrieb am 1. April 2000 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Marxismus für feine Leute"

Die 68er "Kulturrevolution", die Frankfurter Schule und die Kritische Theorie ...

Die Namen "Frankfurter Schule" und "Kritische Theorie" hat Max Horkheimer in den frühen 30er Jahren erfunden und genutzt, um seine Position vom dogmatischen Marxismus abzugrenzen und um zu dokumentieren, daß die "Frankfurter" einen revisionistischen Neomarxismus vertreten. Dogmatisch-orthodoxer Marxismus wurde in den 30er Jahren mit KPD und Stalinismus gleichgesetzt.

Zugleich wollte Horkheimer seiner Theorie eine ganz besondere Aura, ein unverwechselbares Merkmal der qualitativen Unterscheidung von anderen Theorien, etwa der Philosophie des

Deutschen Idealismus, verleihen.

Die Kritische Theorie der Frankfurter Lehrer und Schüler beinhaltet ein Denken, das in einer offenen Form der marxistischen Tradition steht und das der Abschaffung von Herrschaft jeder Art verpflichtet ist. Für den bekannten Historiker Golo Mann, der in der amerikanischen Emigration sozusagen Hausnachbar von Horkheimer war, ist die Kritische Theorie nichts anderes als "Marxismus für feine Leute", also Intellektuelle.

Die Kritische Theorie unterscheidet sich grundlegend von traditionellen Theorien und Wissenschaften, die vom Interesse an Objektivität und Wahrheit geleitet sind. Sie ist demgegenüber vom Interesse an der Veränderung der bestehenden Gesellschaft inspiriert und aus diesem Grunde an der Hervorbringung eines bestimmten Verhaltens, d.h. "kritischen Verhaltens" interessiert.

Letzteres zeige sich in dem bewußten Widerspruch gegen das gesellschaftliche Ganze. Die "Kritik" ist prinzipielle Kritik, d.h. eine Grundhaltung der Verneinung aller Wirklichkeit und zugleich Kampf gegen das Bestehende, also gegen die bürgerliche Gesellschaft im weitesten Sinne. ...

Damit ist schon angedeutet, daß die Gründerväter der Frankfurter Schule - Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Jürgen Habermas, aber auch deren frühe Mitarbeiter, etwa der Sexualtheoretiker und Sexualpolitiker Wilhelm Reich, der evangelische Religionsphilosoph und Theologe Paul Tillich, die Psychoanalytiker Erich Fromm und Alexander Mitscherlich und der marxistische Nationalökonom und KP-Funktionär Friedrich Pollock und viele andere - keine neuen Ideen hervorbrachten oder verwirklichten.

Die Väter standen vielmehr auf den Schultern der geistigen Großväter, vor allem auf Karl Marx und Sigmund Freud, bzw. der geistigen Urgroßväter ... Rousseau und anderer Vorkämpfer der Französischen Revolution ...

Marx und Freud, beide prominente Vertreter des philosophischen Materialismus, nahmen die These Rousseaus auf, daß die "Zivilisation" das Glück des Menschen, das ihm im Naturzustand zuteil wurde, zerstört und die Sitten verdorben habe". Von Natur aus sei der Mensch gut, erst mit dem Privatbesitz, der eigentlichen Ursünde des Kapitalismus, seien Herrschaft und Unterdrückung und damit Unglück und Bosheit in die Welt gekommen.

Allein durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln könne die Herrschaft von Menschen über Menschen endgültig beendet und eine menschenwürdige Gesellschaft - das Paradies auf Erden - errichtet werden.

Die Parole "Zurück zur Natur" findet heute noch ihren Widerhall in der Technikfeindlichkeit und ökologischen Besessenheit der Grün-Alternativen.

Der marxistische Appell "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" lautet in der neomarxistischen Version "Intellektuelle aller Institutionen, emanzipiert euch!".

Während der Marxismus/Sozialismus an die ökonomisch-sozial verelendeten Proletarier appellierte und eine Arbeiterbewegung in Gang setzte, die die Basis ändern, vielleicht sogar mit Gewalt umstürzen sollte, wendet sich der Neomarxismus der "Frankfurter" an die intellektuell und psychosozial verelendeten Subjekte im Bildungssystem, d.h. im kulturellen Überbau. Er bewirkte 1968 eine Studentenbewegung, die den kulturellen Überbau revolutionieren, d.h., eine Kulturrevolution durchführen sollte ...

Die gesamte Programmatik der Frankfurter Schule und der neu-linken Bewegung läßt sich als Kulturrevolution, als Umbau des Menschen, seiner Psyche, seines Denkens und Strebens und seines Lebens, als Umbau der Institutionen, die das menschliche Bewußtsein und Verhalten prägen, sowie als Umwälzung der gesamten Kultur und Zivilisation beschreiben.

Die Studentenrevolte von 1968 war kein Randphänomen der Gesellschaft, sondern eine wirkliche Revolution. ...

Für Horkheimer wie für Habermas steht fest, daß Gott durch die tatsächliche Geschichte,

durch die modernen Naturwissenschaften sowie durch den dogmatischen Marxismus widerlegt ist.

Das Christentum ist für Horkheimer eine Lüge, die Wiederbelebung der heidnischen Mythologie in Deutschland während des Dritten Reiches nichts anderes als Polytheismus. Nicht Gott, sondern der Mensch sei das höchste Wesen, und der Nächste sei das Volk, die Gesellschaft, die Menschengattung. ...

Adorno, der getaufter Jude war, ist, wie Habermas betont, völlig standhaft und unerschütterlich Atheist geblieben.

Für Habermas, vom Elternhaus her evangelischer Christ, ist Gott eine falsche Hypothese - geschichtlich überholt, wissenschaftlich widerlegt. ...

Habermas hält es schließlich für gerechtfertigt und notwendig, daß überall dort, wo in der idealistischen Philosophie "Gott" gedacht oder geschrieben wurde, "Mensch" oder "menschliche Gattung" einzusetzen sei. Damit wird Gott entthront, der Mensch bzw. die Gesellschaft dagegen werden vergöttlicht. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 15. April 2000 (x887/...): >>**Wehrmacht: Jenseits der Polemik**

Was der Historiker Walter Post über den "Vernichtungskrieg" herausfand, läßt aufhorchen

Wenn die Anti-Wehrmacht-Ausstellung vom Reemtsma-Heer etwas Gutes bewirkt hat, dann war es neben der von Monat zu Monat breiter gewordenen Ablehnungsfront die Entstehung einer Reihe wertvoller Einzelstudien und einiger Gesamtdarstellungen, mit denen überwiegend nichtbeamtete Historiker Vorwürfe der Ausstellung aufgegriffen und widerlegten. So wurde ein erheblicher Teil der Öffentlichkeit auf einen Abschnitt unserer Geschichte hingewiesen, der drohte, dem allgemeinen Bewußtsein zu entschwenden.

Das fundierteste, griffigste, einleuchtendste, in sich geschlossenste Widerlegungs-Werk erschien soeben, also nach der Schließung der Ausstellung - jedenfalls in Deutschland.

Autor dieses höchst bemerkenswerten Buches ist der promovierte Historiker Walter Post. Er nannte sein Buch "Die verleumdete Armee - Wehrmacht und Anti-Wehrmacht-Propaganda" ... Post hatte sich bereits mit seinem vor wenigen Jahren erschienen Werk "Unternehmen Barbarossa - Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41" als profunder Kenner der Geschichte des Zweiten Weltkrieges ausgewiesen.

Er beschränkt sich in seinem neuen Buch nicht darauf, einzelne Fehler der Ausstellung aufzudecken und zu kritisieren. Er wollte sich auch nicht damit begnügen, nur die zentralen Thesen der Ausstellung zu widerlegen. Das erledigt er sozusagen im Vorbeigehen. Walter Post hat vielmehr mit Erfolg den Versuch unternommen, dem Bild der Wehrmacht, wie Hannes Heer und seine willigen Helfer es zeichneten, ein anderes, und zwar ein vollständiges und richtiges Bild entgegenzusetzen.

Dabei vermeidet es Post, nur Meinungen oder gar Gefühle zu äußern, er läßt Dokumente sprechen, und zwar sowohl solche, die die Wehrmacht belasten, als auch solche, die sie entlasten. Jede von ihm geschilderte Tatsache wird mit Hilfe eines umfangreichen Anmerkungsapparates belegt. So ist ein außerordentlich sachliches Buch entstanden, das um so überzeugender wirkt.

Da Reemtsma und Heer behaupten, die deutsche Wehrmacht habe Verbrechen begangen, muß zunächst das Recht dargestellt werden, das angeblich durch die Wehrmacht verletzt worden sei. Das unterließen die beiden Verantwortlichen für die Ausstellung konsequent, und sie wußten, warum. Maßgebend für die Frage, was eine schwere Rechtsverletzung war und was andererseits vom Völkerrecht gedeckt wurde, ist das damals geltende Völkerrecht.

Nach den Haager Landkriegsordnungen und den Genfer Abkommen war es der Zivilbevölkerung grundsätzlich untersagt, an Kampfhandlungen in einem Krieg teilzunehmen. Unterstützten Zivilisten trotzdem den Kampf, dann konnten sie nach den völkerrechtlichen Regelungen

als Freischärler bestraft werden. Partisanenkrieg war daher von vorneherein völkerrechtswidrig. Auf frischer Tat ertappte Partisanen konnten hingerichtet werden. Dieser Grundsatz wurde auch nach dem Kriege von den Militärgerichtshöfen der alliierten Sieger anerkannt.

Heer und Reemtsma allerdings taten in ihrer Ausstellung so, als hätten die Partisanen das Völkerrecht auf ihrer Seite und als sei es völkerrechtswidrig = verbrecherisch, Zivilisten, die sich am Kampf beteiligten, hinzurichten. Auf diese dreiste Lüge fiel die Masse der deutschen Publizisten bereitwillig herein. Post rückt die Dinge zurecht.

Aber auch Geiselnahme und Erschießung von Geiseln wurden innerhalb festgelegter Regeln, die von der deutschen Wehrmacht fast immer eingehalten wurden, durch das internationale Völkerrecht gedeckt. So wurde denn auch in den Nürnberger Prozessen die deutsche Wehrmacht weder angeklagt noch verurteilt. Der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht wurden im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß freigesprochen. Die amerikanischen und britischen Gerichte verurteilten nur einzelne Feldmarschälle und Generäle, die aber ausnahmslos nach einigen Jahren rehabilitiert und freigelassen wurden.

... Als Antwort auf die in der Ausstellung behauptete "Ausplünderung" der Ukraine durch die deutsche Wehrmacht, wodurch große Teile der Zivilbevölkerung dem Hungertod preisgegeben wurden, schildert Post die tatsächliche Lage.

Die zurückgehenden Sowjettruppen zerstörten planmäßig und ohne Rücksicht auf die zurückbleibende Zivilbevölkerung alles, um den deutschen Vormarsch zu behindern. Das reichte von einfachem landwirtschaftlichem Gerät bis zu den Kraftwerken. So wurden in der Ukraine 95 Prozent der Kraftwerkskapazitäten durch die Rote Armee zerstört. Die Industrieproduktion lag völlig danieder. Die Förderung von Kohle, Eisenerz, Rohstahl, Elektrizität war aufgrund der sowjetischen Zerstörungen in nicht wenigen Fällen auf dem Nullpunkt. In der Landwirtschaft war die Erzeugung auf die Hälfte der Vorkriegswerte gefallen, weil auch hier die sowjetischen Zerstörungstruppen ganze Arbeit geleistet hatten. ...

Die Ernährungsprobleme in den besetzten Ostgebieten gingen also zum überwiegenden Teil auf die sowjetische Strategie der "verbrannten Erde" zurück. Mit der Industrieproduktion ging es nicht anders. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juni 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer: >>**Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen**

Außenminister Joschka Fischer, Grüne, sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre. ...

Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevènement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevènement sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 9. September 2000 (x887/...): >>**"Ende der Diskussion"**

Die Affäre Norman Finkelstein und die deutschen Medien

Seit Wochen macht in den deutschen Feuilletons ein Buch Schlagzeilen, das es in deutscher Sprache noch gar nicht gibt. Das ist ungewöhnlich, aber nicht ohne Beispiel. Bereits vor Jahren begann in den deutschen Medien die Schlacht um ein Buch eines gewissen Daniel Jonah

Goldhagen, der hierzulande damals selbst Eingeweihten kein Begriff war. In jener Zeit war es das übliche, seit langem funktionierende Medienkartell von "Zeit", "Süddeutscher Zeitung", "Spiegel", "Stern" und "Frankfurter Rundschau", das dafür sorgte, daß die etwas kruden Ideen des jungen Unbekannten über "Hitlers willige Vollstrecker" bereits Wochen vor dem Erscheinen den Bekanntheitsgrad eines Bestsellers hatten.

Bei dem neuen Buch des New Yorker Politologen Norman Finkelstein "Die Holocaust Industrie" ist dagegen vieles anders verlaufen, was aufhorchen läßt. So ist der Autor in Deutschland zunächst bekannt geworden als Kritiker von Goldhagens Buch. Wieder einmal - wie schon bei Bogdan Musial, der die Anti-Wehrmachts-Ausstellung Reemtsmas scharf kritisierte - konnte Finkelstein nicht in die rechte Ecke gestellt werden. Beide sind überzeugte Linke. ... Die Kritik an Goldhagens unwissenschaftlichem Ansatz war damals jedoch so allgemein - nicht nur in Deutschland -, daß Finkelsteins Stimme im Chor der Kritiker nahezu unterging. Das ist bei seinem neuen Buch ganz anders, das sich dem Tabu-Thema der Ungerechtigkeiten bei den jüdischen Opfer-Entschädigungen widmet und dabei Organisationen wie die "Jewish Claims Conference" massiv kritisiert. ...

Als das Buch nicht mehr totzuschweigen war, reagierte die Presse in der üblichen Weise: die einen sagten, es sei unwissenschaftlich, die anderen meinten: alles sei längst bekannt. Doch an einer Tatsache kann das genannte Pressekartell inzwischen nicht mehr vorbei: Nach den Diskussionen um Goldhagen, Walser und Sloterdijk, wo es immerhin gelungen war, bei einer Kampagne gegen Andersdenkende öffentlich gegenzuhalten und den linken Medien die alleinige intellektuelle Definitionshoheit zu entziehen, ist es nunmehr in der Finkelstein-Debatte erstmals seit langer Zeit geschehen, daß eine Übereinkunft des Schweigens fast aller traditioneller linker Medien gebrochen werden konnte.

Dies ist durchaus ein Erfolg. Es zeigt, daß sich auf Dauer die Absprachen zwischen den Medien im Zeitalter des Internet nicht mehr länger durchhalten lassen. Zu befürchten ist allerdings, daß der linksbürgerliche Konformismus sich schon bald etwas anderes einfallen läßt, um seinen Willen zur geistigen Vorherrschaft hierzulande unter Beweis zu stellen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2000: >>**Holocaust-Denkmal kostet 50 Millionen Mark**

Das in Berlin geplante Holocaust-Mahnmal für die ermordeten Juden wird nach jüngsten Berechnungen rund 50 Millionen Mark kosten. ...

Das Mahnmal, das an die 6 Millionen ermordeten Juden in Europa erinnert, wird zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz errichtet. Die Sprecherin des Denkmal-Fördervereins, Lea Rosh, berichtete, die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem wolle sich an der Gestaltung des Dokumentationszentrums beteiligen. Sämtliche Namen, Daten und Schicksale der während des Nazi-Regimes ermordeten Juden sollen in Berlin in einem "Raum der Namen" einsehbar sein.<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete am 28. Oktober 2000 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Repressalien gegen die Zivilbevölkerung und das Völkerrecht im Zweiten Weltkrieg**

... Der estnische Staatspräsident Lennart Meri sagte am Tag der Heimat am 3. Oktober 1995: "Warum zeigen die Deutschen so wenig Respekt vor sich selbst. Deutschland ist eine Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue ... Man kann einem Volk nicht trauen, das rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung ausführt ..."

Bekanntlich pflegen unsere Politiker bei Auslandsbesuchen die Gedenkstätten des jeweiligen Landes aufzusuchen und dort einen Kranz niederzulegen. Für gewöhnlich werden hierbei die deutschen Opfer übergangen. Eine solche Haltung ist verächtlich und nicht nur eine Schmäherung der Soldaten, die in Pflichterfüllung für ihr Vaterland gefallen sind, und der Zivilbevölkerung, die vor allem nach dem Krieg aufgestautem Haß zum Opfer fiel, sondern auch eine

Beleidigung ihrer Angehörigen. Wenn man wirklich Versöhnung über den Gräbern will, sollte man auf ehemaligen Kriegsschauplätzen und in Konzentrationslagern für die Opfer aller Beteiligten eine gemeinsame Gedenkstätte errichten.

... Es sollte eine Mahnung zum Frieden und zur Völkerverständigung sein und zur Versöhnung über den Gräbern führen. Ähnliche Gedenkstätten für Deutsche und andere Völker sollten die Gräben zwischen den Völkern zuschütten und daran erinnern, daß einseitige Schuldzuweisungen an die jeweils andere Seite auf Dauer nicht zur Verständigung, sondern zur Zwietracht und zum Haß führen.<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 6. Februar 2001: >>"Die Holocaust-Industrie": Debatten um das "böse" Buch

Selten hat ein historisches Buch in Deutschland eine solche Kontroverse ausgelöst, ehe es überhaupt erhältlich war: Trotz zahlreicher Proteste wird Norman Finkelsteins "Holocaust-Industrie" am Mittwoch auch hier zu Lande veröffentlicht.

Mit seiner Polemik gegen eine vermeintliche "Holocaust-Industrie", die im vergangenen Jahr in England und den USA veröffentlicht wurde, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein die Erinnerung an den Völkermord einer wütenden Kritik unterzogen. In Deutschland setzte seine Schrift eine Debatte in Gang, die mit ihrer Heftigkeit an den Streit um Daniel Goldhagen vier Jahre zuvor erinnerte. Ab Mittwoch ist nun auch die deutsche Übersetzung auf dem Markt.

Finkelsteins Thesen sind provozierend: "Jüdische Eliten", so behauptet er, beuten im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung das entsetzliche Leid der Millionen von Juden aus, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Diese "Holocaust-Industrie" erpresse immer neue Entschädigungszahlungen, von denen die Opfer tatsächlich kaum Nutzen hätten. Vielmehr werde das Geld für vermeintliche "Holocaust-Erziehungsprojekte" verwendet, mit deren Hilfe das zentrale Dogma von der historischen Einzigartigkeit des Holocaust zementiert werden solle.

Diese Doktrin der "Einzigartigkeit" wirke intellektuell lähmend - vor allem auf die historische Forschung - und moralisch diskreditierend, weil demnach das Leiden nichtjüdischer Opfer mit dem der Juden "unvergleichbar" erscheine, werde aber nach Ansicht Finkelsteins politisch ausgenutzt: Denn zusätzlich zum "Abkassieren" durch die "Holocaust-Industrie" werde eine vermeintliche Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust durch Israel möglich. Jüdische Eliten wollten sich so gegen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern immunisieren.

Einhellige Ablehnung

In Deutschland stieß Finkelstein mit seinem wütenden Buch auf einhellige Ablehnung. Besondere Irritation rief sowohl die Radikalität hervor, mit der der Amerikaner die kritischen Ansätze bündelte, aber auch die offensichtliche moralische Empörung, die Finkelstein dabei an den Tag legt. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 17. Februar 2001 (x887/...): >>Der "Wandel" ist Schwindel

Korruption, Gewaltwelle, hemmungsloser Egoismus: Das Schwinden der ethischen Fundamente bedroht unser Gemeinwesen längst im innersten Kern ...

Zum Werteverfall in der Gegenwart trägt seit langem bei, daß die moralische Kraft des Christentums immer weiter sinkt. Im christlichen Glauben spielt der Gedanke an Strafe und Belohnung eine bedeutende Rolle. Nun will zwar niemand die Religion als "Zuchtmittel" wiederbeleben. Doch das moralische Gewissen ist wertvolle Richtschnur für menschliches Verhalten und unverzichtbares Korrektiv für Entscheidungen.

Auch Handlungen, die der Mensch vor der Allgemeinheit verbergen kann und für die er keine Strafe zu befürchten hat, werden von dem "inneren Richter" auf ihre Zuverlässigkeit hin über-

prüft. Doch in einer Welt, die Gott für tot erklärt hat, ist dieser sittliche Wegweiser unwirksam geworden. Es ist alles erlaubt, weil keine Strafe zu befürchten ist.

Auch überpersönliche Verpflichtungen, wie sie zum Beispiel durch die Bindung an das eigene Vaterland entstehen können, werden kaum noch anerkannt. Sie bilden keine Hemmschwelle gegen das Ausleben persönlicher Wünsche und Triebe. Je weniger es ein gemeinschaftliches Willensbild gibt, sein Vaterland zu stützen und zu fördern, um so mehr ist der einzelne sich selbst genug und sieht ausschließlich sein eigenes Befinden, seine persönlichen Interessen im Mittelpunkt des Lebens.

Weil ebensowenig Schulen, Medien und Eltern die Erziehungsaufgabe ausreichend erfüllen, bleibt die Frage unbeantwortet, in welche Richtung denn überhaupt das Gewissen des Nachwuchses entwickelt werden soll. Strafen sind jedenfalls keine Möglichkeit, gemeinschaftsfeindliche, egoistische Triebkräfte im Zaum zu halten. ...

Die Werterziehung in Deutschland ist an einem Tiefpunkt angelangt, der kaum noch unterboten werden kann. Von allen Krisenerscheinungen der Gegenwart ist der Werteverfall bei weitem das schlimmste Syndrom, weil er sämtliche Lebensbereiche umfaßt: die Wirtschaft, das Staatsgefüge, die zwischenmenschlichen Beziehungen. Ein Volk, in dem die unverzichtbaren Wertvorstellungen verkümmern, verurteilt sich selbst zum Untergang. ...

In vielen Bundesländern regierte die CDU jahrzehntelang und beugte sich in der Bildungspolitik gar zu oft dem Zeitgeist. Bleibend gültige Werte wurden bedenkenlos auch von CDU-Politikern den pseudomarxistischen Idealen der Professorgeneration der Achtundsechziger und ihrer Epigonen geopfert, wenn nur Funk, Fernsehen und Presse den Fehlweg als "fortschrittlich" priesen.

Gewiß hat hier auch eine menschliche Schwäche hineingespielt: Es lebt sich als Politiker soviel angenehmer, wenn man von den Medien, dieser vierten Macht im Staate, zitiert, gelobt und wohlwollend kommentiert, als wenn man totgeschwiegen oder verrissen wird. So braucht man wenigstens keine Courage, um eine unpopuläre Meinung zu vertreten. Außerdem enthebt es einen des lästigen kritischen Durchdenkens, ob das Neue denn nun wirklich besser als das Alte ist, wenn man jede Neuerung unbesehen als Entwicklung zum Besseren bewertet.

Immer wieder lesen wir in Zeitungen und Zeitschriften Überschriften wie "Wertewandel als Herausforderung", "Wenn Werte wechseln" oder "Werte wandeln sich immer schneller". Da klingt so, als läge etwas Schicksalhaftes, vom Menschen nicht Beeinflußbares über der Entwicklung des Wertesystems eines Volkes, eines Staates, einer Gesellschaft.

Werte werden jedoch allein durch Erziehung vermittelt - oder eben nicht, wie es heute leider allzuoft der Fall ist -, und sie entwickeln sich durch Vorbilder, an denen sich junge Menschen orientieren können. Fehlt dieser Bezugsrahmen, so wächst eine hilf- und ratlose, desorientierte Jugend heran. Das haben Ideologen viel früher erkannt und genutzt als bürgerliche Politiker, die auf Wertewandel reagieren, statt in der Werteerziehung zu agieren.

Nach über 30 Jahren Reformen stehen wir vor einem Schulwesen, in dem Lehrer, Schüler und Eltern gleichermaßen verunsichert sind. Hunderte von ideologisch bedingten Fehlern reihten sich zu einer Prozession schulischen Niedergangs aneinander. Pluralismus der Ideen und Wettbewerb der Meinungen sind für eine Demokratie und für die soziale Marktwirtschaft unverzichtbar. Werte-Pluralismus aber, das heißt Unverbindlichkeit der Werte, zerstört das Ganze. ...<<

Der deutsche Meteorologe Dr. Wolfgang Thüne schrieb am 10. März 2001 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die Revolte der "Achtundsechziger"**

Wie versucht wurde, Demokratie durch Anarchie zu ersetzen (Teil I)

Die mehr feuilletonistisch-schaulustige denn politische Debatte um die beiden links-grünen Symbolfiguren, den Vizekanzler und Außenminister Joseph Martin "Joschka" Fischer wie den Umweltminister Jürgen Trittin, geht am eigentlich aufzuarbeitenden und zu bewältigenden

Problem, den wahren politischen Umsturzabsichten, die sich hinter dem harmlosen Namen "Studentenrevolte" verbargen, ganz gezielt vorbei. Offensichtlich soll durch eine überaus geschickte Inszenierung der öffentlichen Debatte verhindert werden, daß die eigentlichen revolutionären Beweggründe, Triebkräfte und Umsturzziele ans Tageslicht kommen und die gesamte Bundesregierung ins Zwielflicht bringen.

Wer aufmerksam die Mediendebatte verfolgt und die Kommentare liest, merkt, daß hier etwas bewußt verharmlost werden soll. Man verschanzt sich hinter Allgemeinbegriffen, sucht den Schutz der "Masse", um darin unerkannt abzutauchen. Daher muß zuallererst energisch der Behauptung widersprochen werden, es habe sich um eine "Studentenrevolte" gehandelt. Nein! Es waren kleine radikale und straff organisierte Gruppen anarchistischer, marxistischer oder maoistischer Gesinnung, welche lautstark bis gewaltsam ihre revolutionären Parolen skandierten und den Lehrbetrieb störten, um die deutliche Mehrheit der Studenten zu majorisieren und zu tyrannisieren.

Sie nutzten brutal die Demonstrationsfreiheit aus, um die Freiheit der Diskussion zu unterbinden; sie nutzten die Toleranz, um so intoleranter gegen Andersdenkende vorzugehen. Eine der vielen sektiererischen Mini-Gruppierungen war der Kommunistische Bund (KB), dem Umweltminister Jürgen Trittin angehörte. ...

Der nach dem Idol Mao bestens organisierte "lange Marsch durch die Institutionen" hat die Revolutionäre an die Schalthebel der Macht gebracht, die sie nun nicht mehr loslassen wollen. Zu diesen Marschierern gehörte auch Außenminister Joseph Martin Fischer. Er schloß sich 1968 in Frankfurt am Main der kommunistischen Sekte "Revolutionärer Kampf" an und avancierte ob seiner Schlagfertigkeit und seines Draufgängertums rasch zum "Commandante" der berüchtigten "Putzgruppe". Konfrontiert mit seiner brutalen Vergangenheit, gibt er zwar zu, auch mal kräftig hingelangt und auf "Bullen" eingepregelt zu haben, aber Steine habe er nur so in die Luft geworfen.

Was sich in den sechziger, siebziger und auch achtziger Jahren abspielte, war keineswegs ein Kampf um mehr Demokratie, es war ein Kampf gegen die Demokratie, gegen das verhaßte etablierte politische Parteienregiment, gegen die Regierungen von Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl.

Es war der Versuch, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu zerstören und durch eine angebliche "Räterepublik" oder "Basisdemokratie" zu ersetzen.

Es ging schlicht um den Griff nach der Macht im Staate, die Entmachtung der Staatsgewalt. "Demokratie" als Herrschaft einer freiheitlich gewählten Mehrheit war nicht das Ziel der untereinander verfeindeten und verschiedenen revolutionären Idole wie Marx, Lenin, Stalin, Trotzki, Mao, Che Guevara, Pol Pot, Castro nacheifernden Gruppierungen. Einzig der Haß auf das System, der schnelle Sturz des "repressiven" Staates vereinte die diversen K-Gruppen.

Wer das verstehen will, der muß nach den geistigen Urhebern fragen, der kommt an der ideologischen Kaderschmiede, der "Frankfurter Schule", nicht vorbei, auch wenn tunlichst versucht wird, diese Frage zu tabuisieren. Die "Väter" der "Achtundsechziger" waren Adorno, Bloch, Habermas, Marcuse, die Schöpfer der "Kritischen Theorie".

Es war Theodor Adorno, der dazu aufrief, "den Stein aufzuheben, unter dem das Böse lauerte". Vom Aufheben des Steins bis zum Werfen des Steins war kein weiter Weg. Das Ziel markierte Jürgen Habermas. Er stellte der repressiven parlamentarischen Demokratie als Idealzustand die außerparlamentarische "Basisdemokratie" entgegen. Sodann war es Johannes Agnoli, der den "mündigen Bürger" als hilfloses Objekt einer von etablierten "Eliten" beherrschten Politik bezeichnete.

Schließlich war es Herbert Marcuse, der von Amerika aus zu dem allgemeinen Aufstand gegen die "liberale, bürgerliche Gesellschaft" aufrief. Er forderte im Jahre 1967 "Das Ende der Utopie", speziell die Abschaffung der westlichen "Scheindemokratien", die sich auf ein

"Mehrheitsbewußtsein" stützten. Marcuse wendete das Prinzip der Toleranz in sein Gegenteil. Er berief sich auf die marxistische Unterscheidung zwischen progressiver und reaktionärer, staatlicher Gewalt und gestand den angeblich "unterdrückten Minderheiten" ein "Naturrecht auf Widerstand" zu.

Er berechnete sie geradezu moralisch, "außergesetzliche Mittel" anzuwenden. Er fand an den Universitäten das "Proletariat", das seine "Sprache" verstand und dem Aufruf zum revolutionären Umsturz kritiklos Folge leistete. Von der propagierten Gewalt wurde gewalttätig und gewaltig Gebrauch gemacht, wie der Name "Putzgruppe" zu erkennen gibt.

Die gewalttätigen "Proteste" waren nicht auf die sechziger und siebziger Jahre beschränkt. Sie reichten bis weit in die neunziger Jahre. Schon etabliert als Abgeordneter der "Grünen" im niedersächsischen Landtag, solidarisierte sich Jürgen Trittin mit der Göttinger "Antifa" und unterzeichnete deren "Göttinger Resolution" vom 19. Juni 1996.

Neben Trittins Unterschrift finden sich auch diejenigen von Ulla Jelpke und Lothar Bisky von der PDS, der Nachfolgepartei der SED! In der Resolution wird die Arbeit der "Antifa" gelobt und das Vorgehen des "Staates" wie folgt kritisiert: "Die Kriminalisierung der autonomen Antifa ist ein Versuch der sicherheitspolitischen Hardliner in der BRD, diejenigen, die ihre Widersprüche zum bestehenden System öffentlich artikulieren, zum Schweigen zu bringen." Es ist das ewig gleiche Vorwurfsritual, durch das sich die Feinde des freiheitlichen Rechtsstaates zu rechtfertigen suchen.

Bereits ein 1968 vom Sozialistischen Studentenbund SDS in West-Berlin verteiltes Flugblatt trug den Titel "Organisieren wir den UNGEHORSAM gegen die Nazi-Generation". Es enthielt folgende Aufforderung: "Leisten wir Widerstand gegen ehemalige Nazi-Richter, Nazi-Staatsanwälte, Nazi-Gesetzgeber aller Couleur, Nazi-Polizisten, Nazi-Beamte, Nazi-Verfassungsschützer, Nazi-Lehrer, Nazi-Professoren, Nazi-Pfaffen, Nazi-Journalisten, Nazi-Propagandisten, Nazi-Bundeskanzler und nicht zuletzt gegen die Nazi-Kriegsgewinnler, Nazi-Fabrikanten, Nazi-Finanziers. Verweigern wir uns total den Nazis ...

Mobilisieren wir die permanente ANTI-NAZI-KAMPAGNE. Bereiten wir den Aufstand gegen die Nazi-Generation vor." Diese unbändige Lust, alles "Naziartige" mit Stumpf und Stil auszurotten, war ein Stück der Nazi-Endkampf-Mentalität. Es war der pubertäre Versuch, einen längst untergegangenen Totalitarismus durch einen neuen Totalitarismus zu ersetzen. Nazismus und Marxismus waren tot, es lebe der Neomarxismus!

Mit diesem fanatischen Rundumschlag gegen die "Vätergeneration", dieser pauschalen Kollektivdiffamierung versuchten die "Achtundsechziger", sich sowohl eine Legitimation wie eine Generalabsolution für ihre Gewalttaten zu verschaffen. Sie verkörpern das "Gute", das zu ewigem Kampf gegen das revanchistische "Böse" aufgerufen sei. Sie halten sich für die einzig legitimen Kämpfer für Freiheit, Fortschritt und Demokratie. Diese Einschätzung bestätigt Sieghart Ott in der "FAZ" vom 29. Januar 2001: "Die Bundesrepublik hätte ohne die Achtundsechziger nicht die weitgehend offene und liberale Gesellschaft, die sie heute prägt. Sie haben - auch wenn sie gelegentlich Steine und andere Gegenstände warfen - zur Freiheit und Demokratie entscheidend beigetragen."

Welch eine naive Fehleinschätzung! Exakt das Gegenteil ist richtig ...

Im September 1982 nach der Bundestagswahl wurde Fischer bei den Grünen aktiv, fünf Monate später saß er für die Partei im Deutschen Bundestag. Zuvor "putschte" er sich auf die hessische Landesliste: "Fischer paktierte mit rechten, rassistischen Grünen, ängstliche Gemüter wurden niedergeschrien", erinnert sich Ditfurth. "Die Spontis hatten die Angewohnheit, sich hinter die Redenden zu stellen und zu brüllen."

Fischer schaffte so zwar sofort den Sprung in den Bundestag, doch er mußte noch die Partei erobern. "Fischer und vor allem sein enger Freund Cohn-Bendit setzten dabei stalinistische Methoden ein", sagt Ditfurth.

Ausgangspunkt war Hessen: Dort standen im März 1985 Kommunalwahlen an. "Fischer wollte möglichst viele Realos auf die Listen bringen", so Ditfurth, die damals mit einer mehrheitlich aus Fundis bestehenden Fraktion im Frankfurter Römer saß. Ab Sommer 1984 organisierten die Spontis Masseneintritte. Sie verteilten Mitgliedsanträge in Kneipen. "Cohn-Bendit agitierte mit der Forderung: Schwemmt die Fundis aus den Grünen".

Die Rechnung ging auf. Ditfurth berichtet von einer Kreisversammlung in der Aula der Frankfurter Fachhochschule: "Während die Minderheit der Delegierten vorne im Saal diskutiert, wird hinten Bier gesoffen und Skat gedroschen. An der Saaltür steht Cohn-Bendit, um den Getreuen zu sagen, wann sie die Stimmkarten heben müssen. So wurden Mehrheiten gemacht, ohne daß wir etwas tun konnten."

Politische Inhalte seien Fischer stets gleichgültig gewesen, "der brauchte die Grünen als Trittleiter für seine Karriere". Das Ergebnis: Fischer wird 1985 in einer Koalition mit der SPD unter Ministerpräsident Holger Börner hessischer Minister. Angesichts dieser Vergangenheit verwundert es, daß nur wenige Weggefährten den Mut aufbringen, die Wahrheit über "Joschka" Fischer ans Tageslicht zu befördern. ...<<

Der deutsche Meteorologe Dr. Wolfgang Thüne schrieb am 17. März 2001 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die Revolte der "Achtundsechziger"**

Wie versucht wurde, Demokratie durch Anarchie zu ersetzen (Teil II)

In der Tradition seines anarchistischen Staatsverständnisses stehend kommentierte der Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit den Versuch von Justiz und Staatsanwaltschaft, die revolutionäre Vergangenheit seines engen Freundes und Kampfgefährten "Joschka" Fischer aufzuklären, mit den Worten: "Diese Republik ist schlicht wahnsinnig" ...

Nun, eine "Republik" kann nicht "wahnsinnig" sein, sehr wohl aber einzelne Individuen, die geradezu hysterisch bis schizophren reagieren, wenn man sie nach ihrer sauberen Vergangenheit befragt. Welche "wahnsinnigen" Erfahrungen Daniel Cohn-Bendit als Leiter eines antiautoritären Kindergartens gemacht hat, das hat er freimütig in der "taz" geschildert. Es ist ein Akt bürgerlichen Anstandes, dies hier nicht zu wiederholen!

Die eigentlichen Wurzeln der gesellschaftlichen Fehlentwicklungen legt Eva D. Pickert in einem Leserbrief in der "FAZ" vom 9. Februar 2001 offen:

"Den 'Kult der Individualität' nahmen die großmäuligen Führer der Achtundsechziger nur für sich selbst in Anspruch; die Massen sollten im sozialistischen Kollektiv auf- und untergehen. Wie stand es aber mit pluralistischer Meinungsfreiheit in den kommunistischen Paradiesen der Achtundsechziger - China, Sowjetunion oder Kuba?"

Mit ihrer Glorifizierung der kommunistischen Diktaturen haben die Achtundsechziger gezeigt, daß ihnen die Leiden der Opfer jener Schreckensherrschaften ebenso gleichgültig waren wie elementare Menschenrechte. Daß die gewalttätigen Demonstrationen der Achtundsechziger bis hin zu den Morden der RAF die Bundesrepublik auf eine harte Bewährungsprobe stellten, die dennoch nicht zur Aufgabe demokratischer Freiheiten führte, kann nicht als Verdienst der Achtundsechziger hingestellt werden, sondern ist der Widerstandsfähigkeit der noch jungen deutschen Demokratie zu verdanken.

Einer Verdrehung der historischen Wahrheit kommt es gleich, die marxistisch inspirierte Revolte als einen Beitrag zu einer 'offenen Gesellschaft' zu deuten. Den politischen Umsturz haben die Achtundsechziger nicht erreicht; sie haben jedoch prägende Fehlentwicklungen herbeigeführt oder unterstützt, unter denen unser Staat bis heute leidet: Verharmlosung von Gewalt, Diskreditierung von Leistung und Bildung, Elitenfeindlichkeit, linksdominierte 'political correctness', Werteverfall, um nur einige zu nennen." ...

Der auf geistige Distanz gegangene Achtundsechziger und "Sponti" Michael Buselmeier schildert die damaligen Motive in einer Ehrlichkeit und Offenheit, die einem "Offenbarungseid" gleichkommt und andere Schönredereien als unehrlich erscheinen läßt:

"Auch wir Spontis pflegten den Anti-Kapitalismus, die Gruppe 'Revolutionärer Kampf' hatte sogar einen orthodox proletarischen Ansatz. Aber wir orientierten uns nicht am Archipel Gulag, sondern am kurzen Sommer der Anarchie.

Wir verachteten die Kaderparteien, und es kam uns nicht in den Sinn, den Staat zu usurpieren, wir wollten ihn - kaum weniger realitätsblind - einfach abschaffen. Keine Macht für niemand! Freie Sexualität, Gegenöffentlichkeit, anders arbeiten oder besser: gar nicht, anders leben - so ähnlich lauteten unsere Ziele, die wir bei Herbert Marcuse, Negt/Kluge, Peter Brückner oder im Sponti-Organ 'Wir wollen alles' zusammengeklaut haben."

Michael Buselmeier erklärt die Gewaltexzesse schlicht als einen Haßausbruch auf die "Väter". Doch wer hat diesen Haß gesät und Gewalt geerntet?

Buselmeier bestätigt auch, daß viele Achtundsechziger die Chancen der Öko-Bewegung gewittert, einfach ihre Couleur gewechselt und diese Bewegung schlicht unterwandert haben. Sie hofften, getarnt als "grüne" Umweltaktivisten, schneller an die Schalthebel der Macht zu kommen und so den "langen Marsch durch die Institutionen" gewaltig abkürzen zu können. Die Karrieren von Cohn-Bendit und Fischer sind Bestätigung dieser erfolgreichen Machtergreifung.

Buselmeier schreibt: "Es wäre wünschenswert gewesen, wenn sich die Leitwölfe und Funktionäre der radikalen Linken nach ihrem schwachen Abgang in unauffällige Berufe und Hausarbeit zurückgezogen hätten.

Statt dessen haben sie die grüne Partei, kaum daß sie vorhanden war, in den Griff genommen. Zwar waren sie an Ökologie, an Pflanzen und Tieren nicht interessiert. Dafür verfügten besonders die ehemaligen Maoisten über organisatorische Fähigkeiten, Sitzfleisch und die Fähigkeit, Seilschaften zu knüpfen. Ihr zweiter, diesmal legaler Versuch, an die Macht zu gelangen, erscheint weit aussichtsreicher als der erste. Sie haben auf Vorrat Kreide gefressen und reden sehr moralisch in der gleichen vermurksten Sprache wie die übrigen Politiker. Dicht an den Staat geschmiegt, müssen sie vermutlich nicht einmal mehr lachen, wenn sie ihre Köpfe auf den Bildschirmen erkennen."

Joseph Martin "Joschka" Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Jürgen Trittin, "Joscha" Schmierer und viele andere emanzipierten sich nicht, um der "Hausarbeit" nachzugehen. Sie bemächtigten sich der Naturschutzbewegung, deren Hoffnungsträger und Symbolfigur der ehemalige CDU-Abgeordnete Herbert Gruhl war. Er hatte 1976 den Bestseller "Ein Planet wird geplündert" geschrieben. Es ist schon eine Ironie des Schicksals, daß dieser fanatische Antikommunist ausgerechnet von K-Aktivisten ausgebootet wurde.

Als Herbert Gruhl seine Naturschutzbewegung 1980 in eine offizielle Partei umwandelte, da war es um ihn geschehen. Das Zugpferd wurde ausgemustert, die Macht übernahmen die "Achtundsechziger".

Herbert Gruhl mitsamt dem Ökobauern Baldur Springmann wandte sich enttäuscht ab und gründete die Ökologisch Demokratische Partei ÖDP, die jedoch eine Splitterpartei blieb. Derweil segelten die Achtundsechziger unter der Flagge "Grün" von Wahlerfolg zu Wahlerfolg und verdrängten gar die FDP in der Parteienhierarchie vom dritten Platz.

Seit Ende 1998 stehen die "Grünen" auf Bundesebene in der Regierungsverantwortung und besetzen mit dem Außenminister und Vizekanzler Fischer, dem Umweltminister Trittin und jetzt der Verbraucherschutzministerin Künast drei wichtige und gesellschaftspolitisch hochbrisante Schlüsselressorts. Hier kann und hier wird ganz gezielt der "Umbau der modernen Industriegesellschaften" vorangetrieben, nach dem Motto "Wieviel ist genug?".

Der Sektor "Umweltschutz" eignet sich vorzüglich für revolutionäre Geister, denn noch keinem klugen Geist ist es bisher gelungen zu definieren, welche "Umwelt" denn zu schützen ist. "Umwelt" ist ein ganz subjektiver Begriff, und so werden wir mit immer neuen "Umweltgefahren" konfrontiert, von denen kein Sterblicher wirklich sagen kann, welche nun real oder

fiktiv sind. Fiktive Gefahren eignen sich vorzüglich, unter dem Vorwand akuter Gefahrenabwehr die bürgerlichen Freiheitsrechte immer mehr einzuengen.

Als die größte umweltpolitische Herausforderung wird der "Treibhauseffekt" bezeichnet, der, verursacht durch die Kohlendioxidemissionen der "reichen" Industrienationen, zu einer globalen "Klimakatastrophe" führen soll. Diesen Effekt gibt es in der Natur zwar nicht, aber er ist Teil unserer "Einbildung" und damit, wenn schon nicht physisch, so doch psychisch real. Er hat seine eigene Wirkmächtigkeit und dient in der Hand der Mächtigen als wundersames Manipulationsinstrument.

Der "Treibhauseffekt" wurde als schlichte Vermutung in die Welt gesetzt, avancierte dann durch ständige Propaganda zu einer Meinung, die nunmehr den Status einer Überzeugung angenommen hat und damit weitgehend kritikresistent geworden ist. Der "Treibhauseffekt" eignet sich ideal für gesellschaftspolitische Veränderungspläne, kann man sich doch zum Schutzpatron des "kleinen Mannes" aufspielen, um ihm dann um so forscher in die Tasche zu greifen.

Die Argumentation ist einfach: Die "monokapitalistische Gesellschaft" ist verantwortlich für den "Konsumterror", dessen korrumpierenden Wirkungen das Individuum hilflos ausgesetzt ist. In dieser Situation bietet sich der Staat als Retter an, indem er dem "kleinen Mann" die Mittel entzieht, die ihn in Gefahr bringen könnten, sich weiter an der "Umwelt" zu versündigen.

... Mit jeder staatlichen Erhöhung der Benzinsteuern weiß nun der Bürger, daß ihm sprichwörtlich der Brotkorb höher gehängt wird. Getroffen und gestraft werden immer zuerst die Ärmsten der Armen, die mit der geringsten Kaufkraft. Diese überproportionale Bestrafung des "kleinen Mannes" ist alles andere als sozial verträglich, geschweige denn sozial gerecht. Ist das die neomarxistische Variante einer neuen klassenlosen Gesellschaft?

Mobilitätsberaubung ist nichts anderes als Freiheitsberaubung. Mobilität heißt Beweglichkeit und die höchste Form der Beweglichkeit ist die Selbst- oder Automobilität, welche dem einzelnen die Freiheit gewährt, sich nach freiem Gutdünken in Raum und Zeit zu bewegen. Natürlich gehen vom Verkehr zu Lande, im Wasser und in der Luft Gefahren aus, natürlich werden Rohstoffe verbraucht, aber das rechtfertigt nicht die "Ökosteuer", denn diese wurde ausdrücklich mit der Notwendigkeit des "Klimaschutzes" begründet.

Dieses "grün-rote" Versprechen ist ein Nullversprechen, denn es gibt gar kein "Globalklima", das sich "erwärmen" könnte. Eine "Globaltemperatur" kann jeder Volksschüler berechnen, der das Addieren und Dividieren von Zahlen gelernt hat. Ein Klimawert setzt langjährige Wetterbeobachtung voraus und entsteht durch Kopfrechnen auf dem Papier! "Klima" ist immer und in jeder Dimension eine statistische Größe, die vom Wetter her bestimmt wird!

Man muß aber ein vom Machbarkeitswahn befallener "Klimaexperte" sein, um glauben zu machen, man könne der "Globaltemperatur" den "Odem des Lebens" einhauchen und fertig wäre ein neues Produkt, das der menschlichen Beeinflussung unterliegende "Globalklima". Dieses Unverhältnis wie Unverständnis der Natur gegenüber hatte bereits Karl Marx. Von ihm stammt die Vision, daß nur die anthropogen gestaltete Natur die wahre Natur sei.

Aber auch wenn von heute auf morgen alle Räder still stehen würden, das Wetter würde davon keinerlei Notiz nehmen. Das Vorhaben "Schutz des Globalklimas" ist pure Idiotie! ...<<